

# Implantologie soll preiswerter werden

Großer Erfolg des DIN Arbeitsausschusses „Dentalimplantate“ (NA 014-00-21AA): Für Implantate und Aufbauten soll künftig die gleiche Mehrwertsteuer von 7 % gelten.

Der DIN-Arbeitsausschuss (NA 014-00-21AA) hat im Rahmen seiner Sitzung „Dentalimplantate“ am 20. Januar 2012 in Basel einen Beschluss gefasst, der Zahnimplantate künftig preiswerter machen soll. Der Beschluss stellt fest, dass der Implantataufbau Bestandteil des Implantatsystems ist. Ziel ist es, eine bisher teils übliche Praxis von der unterschiedlichen Besteuerung des Implantatkörpers mit 7 % und der Aufbauten mit 19 % zu beenden. Denn zahnärztliche Implantatversorgungen haben bisher in den einzelnen Bundesländern



unterschiedliche Preise. Je nach Betrachtungsweise der Betriebsfinanzen oder der Zollbehörden werden den Herstellern und Vertriebsfirmen von Implantaten entsprechend ihres Betriebsortes unterschiedliche Mehrwertsteuersätze vorgegeben. „Bei mehreren Implantaten könnte eine einheitliche Besteuerung von 7 % und somit die Ersparnis von 12 % schon eine beträchtliche Summe ausmachen. Implantologie soll preiswerter werden. Das ist positiv

für unsere Patienten“, so der Präsident des Deutschen Zentrums für orale Implantologie e. V. (DZOI), Dr. Helmut B. Engels, der seit über 20 Jahren in den diversen implantologischen DIN und ISO Gremien als stimmberechtigtes Mitglied aktiv ist und in Basel dabei war. „Die unterschiedliche Handhabung von Implantatkörper und Aufbauten war mir schon immer ein Dorn im Auge“, so Engels weiter. Durch ein einstimmiges Votum wurde der Beschluss in Basel gefasst. Jetzt ist die Industrie gefordert, mit ihrem Betriebsfinanzamt die normenbedingte Beschlussfassung umzusetzen. ◀

Quelle: DZOI

# Zahnärztliche Fortbildung gegen häusliche Gewalt

Mehr Aufmerksamkeit gefordert. Appell an Zahnärzte zur Eingliederung in das Netzwerk „Wieder Lachen e.V.“

„Häusliche Gewalt“ stand am 25. Januar 2012 erstmalig im Mittelpunkt einer großen, gemeinsamen, zahnärztlichen Fortbildungsveranstaltung der Landeszahnärztekammer Hessen

## Zahnarzt erste Anlaufstelle

Aufgrund der durch häusliche Gewalt hervorgerufenen Verletzungen im Kopf-, Gesichts- und Mundbereich gehört der Zahnarzt oft zur ersten Anlauf-

Schulz-Freywald, Vizepräsident der LZKH. Der Aktionsnachmittag richtete sich auf eine Form der Gewalt, der auch von zahnärztlicher Seite noch mehr Aufmerksamkeit und Kenntnis zuteilwerden müsse. Viele Zahnmediziner seien sicher, noch nie einen Fall von häuslicher Gewalt auf dem Behandlungsstuhl gehabt zu haben; dies könne jedoch auch an einer Unkenntnis der spezifischen und doch subtilen Zeichen dieser Art von Gewaltanwendung liegen.

## Netzwerk „Wieder Lachen E.V.“

Karin und Dr. Sven Rinke vom Verein „Wieder Lachen e.V.“, Karlstein, appellierten an die versammelten Zahnärzte, sich in das Netzwerk von Praxen einzugliedern, die den Opfern eine Anlaufstelle bieten. Frankfurter Oberamtsanwältin Ulrica Hochstätter gab einen erschütternden Einblick in die Opferzahlen im Großraum Frankfurt, die Rückschlüsse auf die landesweite Fallzahl und Dunkelziffer möglich machten. Rechtsanwältin Zümrüt Turan-Schnieders, Hessen, lenkte den Blick des Publikums auf „Juristische und kulturelle Aspekte bei der Begleitung von betroffenen Frauen“ und damit auch auf das Phänomen eines „strukturellen Rassismus“: gerade bei Paaren unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft zeige sich ein Ungleichgewicht der Macht, das auch das Anbieten von Hilfe für etwaige Gewaltopfer negativ beeinflusse.

Vonseiten der anwesenden Zahnärzte wurde der Wunsch laut, in den Praxen deutliche Hinweise zur Verfügung stellen zu können, die den Opfern unter den Patienten signalisieren, dass sie hier sachkundige Hilfe angeboten bekommen. ◀

Quelle: Landeszahnärztekammer Hessen

# Periimplantitis im Gespräch

Erstes Arbeitstreffen des Aktionsbündnisses in Dresden.



25 Vertreter von 18 verschiedenen Unternehmen aus der Medizinbranche diskutierten auf dem ersten Arbeitstreffen am 25. November 2011 in Dresden im Rahmen des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Implantologie (DGI) die künftige Struktur, Inhalte und Schwerpunkte des Aktionsbündnisses gegen Periimplantitis. Künftig wird sich das Aktionsbündnis schwerpunktmäßig für die Prävention von entzündlichen Prozessen an dentalen Implantaten engagieren. Das Bündnis wurde von Jan-Philipp Schmidt, gemeinnützige Stiftungs-GmbH Interdisziplinäre Diagnostik-Initiative für Parodontitisfrüherkennung (IDI-PARO), initiiert, um der wachsenden Heraus-



forderung durch Periimplantitis entgegenzutreten.

Als Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlich aktiver Implantathersteller, Diagnostik-, Prophylaxe- und Therapieanbieter, Institutionen und Verbände will das Bündnis gezielte Aufklärungsarbeit leisten, um Entzündungen des Hart- und Weichgewebes im Umfeld von Implantaten vorzubeugen. Ein wissenschaftlicher Beirat und die Kooperation mit Fachgesellschaften werden eine hohe Kompetenz des Bündnisses gewährleisten und den Wissenspool der Partnerunternehmen verwalten. Im Rahmen der Europerio 2012 in Wien soll das Aktionsbündnis das erste Mal öffentlich in Erscheinung treten. ◀

## Aktionsbündnis gegen Periimplantitis

Kristin Jahn, Harkortstraße 7, 04107 Leipzig  
Tel.: 0341 999976-43, Fax: 0341 999976-39  
k.jahn@gegen-periimplantitis.de

# Modernes Controlling in der Zahnarztpraxis

Neues Thema auf ZWP online mit Fakten rund um die betriebswirtschaftliche Planung.

So manchem Zahnarzt läuft es eiskalt den Rücken herunter, wenn das Wort „Controlling“ auch nur zu hören ist. Dabei ist die betriebswirtschaftliche Erfolgsplanung das A und O für den Praxiserfolg.

Verfügung. Ausgewählte Experten stellen dem interessierten Leser ihr fundiertes Wissen zur Verfügung, klären auf und geben Tipps im Umgang mit Kennzahlen, Praxissteuerung & Co.



Ab sofort steht dem Unternehmenszahnarzt ein neues ZWP-Thema „Modernes Controlling in der Zahnarztpraxis“ auf ZWP online mit allen wichtigen Fakten rund um die betriebswirtschaftliche Planung zur

Das ZWP-Thema wird wöchentlich von einem Redaktionsteam aktualisiert, damit der Leser immer uptodate bleibt. ◀

www.zwp-online.info

# Förderung für Praxischeck

Auch 2012 können Zahnarztpraxen Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für eine förderfähige Prüfung durch einen externen Berater erhalten. Förderfähig sind Beratungen zu wirtschaftlichen, finanziellen, personellen sowie organisatorischen Fragen.

Hierzu gehören auch Beratungen zum Qualitätsmanagement. Gefördert

werden jedoch nur Beratungen von selbstständigen Beratern, deren überwiegender Geschäftszweck auf entgeltliche Unternehmensberatung liegt, d.h. über 50 % des Gesamtumsatzes. Nähere Informationen erhalten Sie im Internet unter: [www.bafa.de](http://www.bafa.de) und [www.beratungsfoerderung.info](http://www.beratungsfoerderung.info) ◀

Quelle: ZÄK Niedersachsen